



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

3.1	Umbenennungen der AfD Fraktion Antrag der AfD-Fraktion Drucksache: 22-2008	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Die AfD-Fraktion Hamburg-Nord bittet darum, folgende Umbenennungen in den Ausschüssen der Bezirksversammlung vorzunehmen:

Ausschuss Bildung, Kultur und Sport

Bisher: Stimmberechtigtes Mitglied: Michael Schumann, Stellvertretung: Jan Andrikos

Umbenennung zu: Stimmberechtigtes Mitglied: Michael Schumann, Stellvertretung: Michael Sanders

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität

Bisher: Stimmberechtigtes Mitglied: Kilian Oltrogge, Stellvertretung: Michael Schumann

Umbenennung zu: Stimmberechtigtes Mitglied: Kilian Oltrogge Stellvertretung: Calvin Gonell

Ausschuss für Seniorinnen und Senioren, Integration, Inklusion, Gesundheit und Katastrophenschutz

Bisher: Stimmberechtigtes Mitglied: Kilian Oltrogge, Stellvertretung: Robert Buck

Umbenennung zu: Stimmberechtigtes Mitglied: Kilian Oltrogge, Stellvertretung: Calvin Gonell

Petitum/Beschluss:

Um Kenntnisnahme und Zustimmung wird gebeten

Kilian Oltrogge
AfD Fraktion

Abstimmungsergebnis:



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

**der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026**

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, CDU, FDP, Die Linke, AfD, Volt
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : GRÜNE, Die Linke



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

5.1	Qualifizierungsfonds für Ehrenamtliche der Bezirksversammlung Hier: Antrag zum Fahrsicherheitstraining für ehrenamtliche Rikscha-Pilot:innen des Trägervereins Eppendorfer Soziokultur e.V. Drucksache: 22-2031	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Seit 2021 sind im Rahmen des Quartiersnetzwerks „Martini erleben“ ehrenamtliche Rikscha-Pilot:innen mit E-Bike-Rikschas unterwegs, um kostenlose Fahrten für kranke und in der Mobilität eingeschränkte Menschen anzubieten.

Für die aktiven Ehrenamtlichen beantragt der Trägerverein Eppendorfer Soziokultur e.V. ein Fahrsicherheitstraining durch die Verkehrswacht Hamburg e.V.

Für dieses Sicherheitstraining werden Gesamtkosten von 663,40 € beantragt. Die Fortbildung ist für Samstag, den 25.04.2026 geplant. Weitere Informationen können dem Antrag entnommen werden.

Nach Einschätzung des Fachamtes Sozialraummanagement entspricht der Antrag der Zielrichtung des Qualifizierungsfonds für Ehrenamtliche.

Petitum/Beschluss:

1. Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis
2. Der Hauptausschuss beschließt, dem Antragsteller 663,40 € aus Mitteln des Qualifizierungsfonds zu erstatten.

Dr. Bettina Schomburg

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

5.2	„Sanierungsfonds Hamburg 2030: Barrierefreiheit voranbringen – Öffentliche Toiletten für alle“ (Drucksache: 22/11296) Hier: Antrag auf Fördermittel bei der Finanzbehörde für eine Toilette für Alle/Changing Places auf Kampnagel Drucksache: 22-2037	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Das Bezirksamt beabsichtigt, einen Antrag auf Mittel in Höhe von 58.833,60 EURO aus der Drs. 22/11296, „Barrierefreiheit voranbringen - Öffentliche Toiletten für alle“, zu stellen. Die Toilette soll auf dem Gelände der Kultureinrichtung Kampnagel entstehen. Das Bezirksamt bittet die Bezirksversammlung, diesen Antrag zu befürworten.

Durch den Beschluss der o.g. Drs. stehen Mittel in Höhe von 700 Tsd. EUR für den Aus- bau sog. Toiletten für alle/Changing Places zur Verfügung. Die investiven Mittel wurden für den Doppelhaushalt 2023/2024 bewilligt und die Reste in den Doppelhaushalt 205/2026 übertragen. Die Drs. sieht vor, dass die Bezirksämter Anträge vorab mit der jeweiligen BV in Bezug auf Standort und Kostenschätzung (inklusive Konzept für Betriebskosten) abstimmen.

Vor diesem Hintergrund schlägt das Bezirksamt Hamburg-Nord vor 58.833,60 € EUR für ein Changing Place auf Kampnagel bei der Finanzbehörde aus der genannten Drs. zu beantragen.

Der Changing Place soll im Rahmen der Sanierungs- und Umbauarbeiten, die auf Kampnagel geplant sind, im Erdgeschoss des Verwaltungsgebäudes in der Jarrestraße 20, 22303 Hamburg entstehen. Er wird Nutzer:innen 24 Stunden am Tag zugänglich gemacht. Die Aufteilung der genannten Kosten kann der Anlage entnommen werden. Die laufenden Betriebskosten für den Changing Place werden vollständig von Kampnagel übernommen.

Der Changing Place steht somit nach Fertigstellung den Besucher:innen und Mitarbeiter:innen von Kampnagel zur Verfügung und erhöht den inklusiven Charakter der Kultureinrichtung erheblich. Gleichzeitig ist er offen für Menschen aus dem Quartier und erhöht so die Barrierefreiheit des Bezirks insgesamt.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

**der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026**

Petitum/Beschluss:

1. Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.
2. Der Hauptausschuss stimmt dem Vorschlag des Bezirksamtes zu, 58.833,60 EUR aus dem „Sanierungsfonds Hamburg 2030: Barrierefreiheit voranbringen - Öffentliche Toiletten für alle“ bei der Finanzbehörde zu beantragen.

Dr. Bettina Schomburg

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, CDU, FDP, Die Linke, Volt
Gegenstimmen : AfD
Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

7.1	Mehr Trinkwasserbrunnen und -spender für Hamburg-Nord - gemeinsam mit der BUKEA ein effizientes und kostenschonendes Verfahren etablieren Beschlussempfehlung des KUM Drucksache: 22-1989.1	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität (KUM) hat sich in seiner Sitzung am 18.03.2026 aufgrund des Antrages der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion (Drs. 22-1989) mit dem o.g. Thema befasst und einstimmig beschlossen:

1. Das Bezirksamt wird gebeten, sich gegenüber der BUKEA dafür einzusetzen, dass das Verfahren zur Errichtung von öffentlichen Trinkwasserbrunnen durch Hamburg Wasser effizient und kostenschonend ausgestaltet wird, so dass nicht schon allein die technische Prüfung geeigneter Standorte durch Hamburg Wasser mit einem Kostenrisiko verbunden ist. Andernfalls muss dafür Sorge getragen werden, dass eine kostenfreie Vorprüfung offensichtlicher technischer Ausschlussgründe stattfindet, bevor eine technische Detailprüfung durchgeführt wird.
2. Das Bezirksamt wird zudem gebeten, mit den in der Drs. 22-1654 unter Ziffer 1 benannten Standorten auf die BUKEA zuzugehen, um zu klären, ob diese Art der Standortbeschreibung ausreichend und was Bestandteil der Abstimmung ist, bevor durch Hamburg Wasser geprüft wird, ob die vorgeschlagenen Standorte für Trinkwasserbrunnen geeignet sind.
3. Zudem wird das Bezirksamt gebeten, gemeinsam mit der BUKEA zu klären, welche Kosten die Prüfung eines Standorts durch Hamburg Wasser derzeit verursacht und wer die Kosten des Prüfauftrags trägt sowie nachzufragen, welche Kosten für die Errichtung eines Brunnens sowie dessen jährlichen Betrieb anfallen und wie sich diese zusammensetzen.
4. gegenüber der BUKEA und der Finanzbehörde anzuregen, sich dafür einzusetzen, dass die finanziellen Mittel zur Errichtung von Trinkwasserbrunnen an einer geeigneten Stelle im Gesamthaushalt der Freien und Hansestadt Hamburg ab dem Haushalt 2027/28 in angemessener Höhe abgebildet werden.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.04.2026

5. Bei zukünftigen Um- oder Neugestaltungen von belebten öffentlichen Orten soll zukünftig im Rahmen eines einfachen Verfahrens immer die Errichtung eines Trinkwasserbrunnens im Rahmen der Planung geprüft werden.
6. Im Fall der Errichtung soll darauf hingewirkt werden, dass die Errichtung eines Trinkwasserbrunnens mit ebenfalls geplanten, anderen anstehenden Baumaßnahmen, insbesondere im Bereich Tiefbau koordiniert wird, um die Kosten für die Errichtungsarbeiten möglichst gering zu halten.
7. Der Bezirksversammlung ist über den Umsetzungsstand des Antrags bis spätestens 30. September 2026 zu berichten.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

7.2	Einrichtung von Fahrradbügeln vor der Eisdielen Falkenried 47 - Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 22-1948.1	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 23.03.2026 mit der o.g. Thematik befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung formuliert:

Dies vorausgeschickt möge der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten:

1. den bestehenden Kfz-Stellplatz vor der Falkenried 47 zu prüfen und dessen Umwandlung in eine Fahrradabstellfläche mit mehreren Fahrradbügeln zu veranlassen,
2. die Maßnahme so zu gestalten, dass sie sich städtebaulich in das Straßenbild einfügt und den Gehweg entlastet,
3. die Umsetzung zeitnah zu planen und die hierfür notwendigen Mittel zu ermitteln.

Begründung:

Die Eisdielen im Falkenried 47 erfreut sich insbesondere in den wärmeren Monaten großer Beliebtheit und wird häufig von Familien mit kleinen Kindern besucht. Die derzeitige Situation vor Ort, geprägt durch zahlreiche auf dem Gehweg abgestellte Fahrräder und ein parkendes Auto unmittelbar vor der Eisdielen, führt zu einer erheblichen Einschränkung der Verkehrssicherheit.

Diese beengte und unübersichtliche Lage beeinträchtigt Fußgängerinnen und Fußgänger und stellt insbesondere für kleine Kinder ein erhöhtes Risiko dar, da die Sichtverhältnisse stark eingeschränkt sind.

Um die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer, insbesondere für Kinder, zu erhöhen und die Situation vor Ort zu verbessern, wird vorgeschlagen, den bestehenden Kfz-Stellplatz vor der Eisdielen zu entfernen und durch fest installierte Fahrradbügel zu ersetzen. Diese Maßnahme würde nicht nur mehr Platz auf dem Gehweg schaffen und ein geordnetes Abstellen von Fahrrädern ermöglichen, sondern auch die Übersichtlichkeit und damit die Sicherheit an dieser Stelle deutlich verbessern.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

**der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026**

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

7.3	Finanzierung der Eröffnungsfeier für Frau. Leben. Freiheit. Gedenken an Jina Mahsa Amini durch ein permanentes Denkmal und die Benennung der Grünanlage gegenüber dem iranischen Konsulat in der Bebelallee - Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 22-0349.7	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 23.03.2026 mit der o.g. Thematik befasst und einstimmig, bei Enthaltung der AfD-Fraktion, folgende Beschlussempfehlung formuliert:

1. Der Regionalausschuss Eppendorf/Winterhude beschließt für die Eröffnungsfeier bis zu 10.000 Euro aus bezirklichen Sondermitteln zur Verfügung zu stellen.
2. Das Bezirksamt wird gebeten, bei der Behörde für Kultur und Medien sowie bei weiteren geeigneten Einrichtungen ergänzende Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen und entsprechende Anfragen zu stellen.

Begründung:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 07.10.2024 mit der o.g. Thematik aufgrund eines gemeinsamen Antrages von GRÜNE, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und Volt befasst und beschlossen, dass

1. Die im B-Plan Winterhude 8 als Parkanlage ausgewiesene, an der Bebelallee, zwischen den U-Bahnhöfen Lattenkamp und Hudtwalkerstraße gelegene Grünfläche, soll nach Jina Mahsa Amini in „Jina-Mahsa-Amini-Park“ benannt werden.
2. Für die Erstellung eines wetterfesten Denkmals durch die Künstlerinnen von „Jinas Beet“ und die Aufstellung einer Gedenktafel werden 30.000 Euro aus bezirklichen Mitteln zur Verfügung gestellt. Es soll eine dauerhafte Genehmigung für das Kunstwerk erteilt werden.
3. Das Bezirksamt wird aufgefordert, nach Fertigstellung eine Gedenkveranstaltung zur Einweihung des wetterfesten Denkmals und der Parkanlage zu organisieren, an der Vertreter* innen der Protestbewegung in Hamburg beteiligt werden sollen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.04.2026

In der Sitzung vom 19.02.2026 wurde die Benennung bzw. das Flurstück auf der Grünfläche präzisiert.

Als nächster Schritt steht die Organisation der Eröffnungsfeier an. Geplant ist eine Veranstaltung mit etwa 150 Teilnehmern, wobei für Bühne, Technik und Catering Kosten von bis zu 10.000 Euro eingeplant werden.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, CDU, FDP, Die Linke, Volt
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : AfD



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

7.4	Maßnahme Schutzstreifenmarkierung Jarrestraße - Freigabe der vorbereiteten Kenntnisnahmeschlussverschickung zur Vorlage bei der BVM - Empfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 22-1977.1	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 23.03.2026 mit der o.g. Thematik befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung formuliert:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude

1. stimmt der vorgelegten Planung zur Maßnahme Schutzstreifenmarkierung Jarrestraße zu und
2. beauftragt das Bezirksamt Hamburg-Nord, die Planung der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende zur Prüfung im Rahmen des „Moratoriums für den Abbau von Parkplätzen im öffentlichen Raum“ vorzulegen.

Begründung:

Die Träger öffentlicher Belange (TÖB) sollen mit einer Kenntnisnahmeschlussverschickung über den Abschluss der Planung zur o.g. Maßnahme informiert werden. Aufgrund der geringen Planungskomplexität wurde auf eine Erstverschickung verzichtet und die Beteiligung einzelner TÖBs im direkten Austausch durchgeführt. Die abschließende Planung ist in den ebenfalls beiliegenden Lageplänen dargestellt.

Vor Durchführung der Kenntnisnahmeschlussverschickung ist die Planung der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (BVM) zur Prüfung vorzulegen.

Diese erfolgt regelhaft in enger Abstimmung mit der Senatskanzlei. Hintergrund ist die im Koalitionsvertrag der den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg tragenden Parteien vereinbarte Entwicklung eines Masterplans Parken. Bis zu dessen Fertigstellung sind alle Straßenbaumaßnahmen dahingehend zu prüfen, ob eine Umwandlung bestehenden Kfz-Parkraums als vertretbar eingestuft werden kann (sog. „Moratorium für den Abbau von Parkplätzen im öffentlichen Raum“, siehe auch Drs. 22- 1153.1).

Voraussetzung für die Vorlage der Planung bei der BVM ist eine Zustimmung der bezirklichen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.04.2026

Gremien. Das Bezirksamt legt dem Regionalausschuss daher die abschließende Planung zur Zustimmung vor.

Nach erfolgter Freigabe durch die BVM wird das Bezirksamt die Kenntnisnahmeschlussverschickung durchführen und den Regionalausschuss hierüber informieren. Sollte eine Überarbeitung der Planung erforderlich werden, wird das Bezirksamt die Planung zu gegebener Zeit erneut zur Beratung vorlegen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

7.5	Radweg Eppendorfer Landstraße verbessern - Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 22-1985.1	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 23.03.2026 mit der o.g. Thematik befasst und einstimmig folgende im Punkt 2. des Petitums geänderte Beschlussempfehlung formuliert:

Dies vorausgeschickt möge der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten:

1. zu prüfen, ob die Fahrbahn der Eppendorfer Landstraße ab der Einmündung Hegestieg in einer kurzfristigen Maßnahme auf eine Fahrspur reduziert und bis zur Haynstraße ein Radfahrstreifen eingerichtet werden kann.
2. im Zuge des Fernwärmeausbaus (Spange Grindel-Eppendorf) zu prüfen, wie die Eppendorfer Landstraße verkehrlich neu geordnet werden kann, mit dem Ziel einer Verbesserung der Verkehrsflächen und der Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden und dabei unter anderem auch Bezug zu nehmen, auf schon aus der Vergangenheit vorliegende Planungen.

Begründung:

Auf dem Abschnitt zwischen der Einmündung Hegestieg und der Haynstraße an der Eppendorfer Landstraße besteht eine Unterbrechung der Radwege: Auf Höhe des Hegestiags wird der Radverkehr durch eine Bodenmarkierung auf die Fahrbahn geleitet, während der Radweg ab der Haynstraße wieder auf dem Gehweg weitergeführt wird. Ein Hinweis auf diesen Wechsel zurück auf den Radweg fehlt jedoch vollständig. Die Fahrbahn ist in diesem Teilstück zweispurig, verengt sich jedoch unmittelbar nach der Haynstraße auf eine Fahrspur. Viele Radfahrende - einschließlich Nutzerinnen und Nutzern von Lastenrädern - setzen ihre Fahrt daher bereits ab dem Hegestieg unerlaubt und aus ihrer Sicht sicherer auf dem schmalen Gehweg fort. Dies geschieht nicht zuletzt, weil die zweispurige Fahrbahn als unsicher und unübersichtlich wahrgenommen wird.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.04.2026

Für Fußgängerinnen und Fußgänger kommt es dadurch täglich zu Konfliktsituationen und Gefährdungen, da sie auf diesem Gehweg nicht mit Radverkehr rechnen müssen. Anwohnerinnen und Anwohner haben hierzu bereits in diesem Jahr eine Eingabe eingereicht und die Gefährdungslage deutlich geschildert.

Im Zuge des geplanten Fernwärmeausbaus (Spange Grindel-Eppendorf) ist auch der Abschnitt der Eppendorfer Landstraße zwischen Loogestieg und der Kreuzung Eppendorfer Baum/Lenhartzstraße baulich betroffen. Diese Maßnahme bietet die Gelegenheit, die Verkehrsflächen in diesem Bereich gesamthaft zu überprüfen und neu zu ordnen, um bestehende Konflikte nachhaltig zu entschärfen und die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden zu verbessern.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

7.6	Schulkinder am Wiesendamm: Sichtbarkeit ist Sicherheit! - Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 22-2006.1	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 23.03.2026 mit der o.g. Thematik befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung formuliert:

Vor diesem Hintergrund möge der Regionalausschuss beschließen:

1. Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude begrüßt die Absicht der Polizei, mögliche Grundlagen für einen ggf. temporären Zebrastreifen an der genannten Fußgängerquerung zu untersuchen.
2. Das Vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung möge sich bei der Behörde für Inneres und Sport dafür einsetzen, dass die Warnbake am nördlichen Fahrbahnrand des Fußgängerüberweges über den Wiesendammes (Höhe Meerweinstraße) gegen ein weniger hohes Modell ausgetauscht wird, das auch Grundschulkinder nicht verdeckt.
3. Die Bezirksamtsleiterin wird gebeten, die bislang zum Parken eines Kfz genutzte Fläche unmittelbar vor der genannten Querungsstelle (Nordseite) durch bauliche Mittel dauerhaft gegen die Park-Nutzung zu sichern. Diese baulichen Mittel dürfen selber nicht die Sicht auf Kinder einschränken. So wird *ein* Parkplatz zu Gunsten besserer Sichtbeziehungen aufgehoben.

Begründung:

In den letzten Monaten hat der Regionalausschuss mehrfach auf Basis von Eingaben die Verkehrssicherheit von Kindern am Wiesendamm diskutiert. Besonderes Augenmerk war dabei auf den Fußgängerüberweg auf Höhe Meerweinstraße gerichtet. Hier fand am 16. März ein Ortstermin mit Politik, Polizei, Elternvertretung, Schulleitung, Bezirksamt sowie dem beauftragten Planungsbüro statt. Bei dem Termin wurde deutlich, dass eine Umsetzung der aktuellen Überplanung des Wiesendammes wohl noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird. Die Aufmerksamkeit richtet sich daher nun auf die Verbesserung der Bestandssituation.

Als besonders unsicher wird die Überquerung der Fahrbahn von Nord nach Süd empfunden:



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.04.2026

Trotz der vorgezogenen Nebenfläche auf der Nordseite werden wartende Kinder hier schlecht von sich nähernden Autofahrenden wahrgenommen. Kleinere Kinder werden ausgerechnet von einer Warnbake verdeckt, die auf die Querungsstelle aufmerksam machen soll. Die Kinder können selbst nicht gut sehen, ob sich ein Auto nähert. Das gleiche Problem wird durch parkende Kfz ausgelöst: Bis kurz vor der Querungsstelle darf am Fahrbahnrand legal geparkt werden. So können Autofahrer*innen und Kinder sich gegenseitig nicht sehen.

Bei der Überquerung der südlichen Fahrbahn tut sich eine neue Gefahrenquelle auf: Hier warten die Kinder genau in einer Baumreihe, wodurch sie erst spät von Kfz wahrgenommen werden können bzw. diese selber erst spät sehen können. Hier Baumschutz und Verkehrssicherheit in Einklang zu bringen ist eine Herausforderung. Die Polizei hat zugesagt, mögliche Grundlagen für einen ggf. temporären Zebrastreifen zu prüfen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

7.7	Übernommene preisgekrönte Grünpatenschaft an der Meenkweise sichern und die Ehrenamtlichen bei der Ausübung des Ehrenamts unterstützen - Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 22-2007.1	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 23.03.2026 mit der o.g. Thematik befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung formuliert:

Dies vorausgeschickt möge der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten

1. dafür Sorge zu tragen, dass die Beratung und die Unterstützung der ehrenamtlichen Grünpaten der Meenkweise im Rahmen der derzeit angestrebten Kooperation mit der Loki-Schmidt-Stiftung integriert wird,
2. darauf hinzuwirken, dass zweimal im Jahr (kurz vor Beginn der Pflanzzeit und gegen Ende der Saison) gemeinsam mit den Ehrenamtlichen und mit den zuständigen Mitarbeitern des Bezirksamts ein Gespräch ggf. unter Einbindung der Loki-Schmidt-Stiftung im Fall der Kooperation über die Herausforderungen, Notwendigkeiten zur Verbesserung der Bepflanzung in der kommenden Saison und allgemein zu Fragen der klimagerechten Pflege insbesondere im Fall der Grünpatenschaft Meenkweise stattfindet,
3. zu prüfen, ob eine Zusammenarbeit mit dem Anzuchtgarten im Stadtpark aus rechtlicher Sicht möglich und bei einer rechtlichen Möglichkeit die Loki Schmidt Stiftung als Kooperationspartner mit einbezogen werden kann.

Begründung:

Die „Kleinen Paradiese an der Meenkweise“ sind inzwischen in ganz Hamburg bekannt, preisgekrönt und werden auch in Reiseführern erwähnt. Hintergrund dieses Erfolgsprojekts ist die Übernahme einer Grünpatenschaft im Jahr 2003, die sich über viele Jahre und über vielen Phasen entwickelt hat und die heute dank des dahinterstehenden ehrenamtlichen Engagements die Blicke und das Interesse auf sich zieht. Die Meenkweise hat über die Jahre dadurch eine spürbare und sichtbare Aufwertung erfahren, an der sich jedes Jahr insbesondere in den warmen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.04.2026

Monaten viele Menschen erfreuen, die diesen kleinen Park direkt an der Alster für sich auf ganz vielfältige Weise nutzen.

Der Mehrwert dieser großen Grünpatenschaft auf der langen Seite gegenüber dem Haus der Jugend und Richtung Haynsark ist nicht nur, dass dort gemeinschaftlich gegärtnert wird, sondern dass dort auch viele gute nachbarschaftliche Beziehungen geknüpft wurden und werden. Die Winterhuder und Eppendorfer sind stolz auf die Menschen, die diese Arbeit leisten.

Klimatische Bedingungen, der derzeit vorhandene Baumbestand und damit einhergehende Auswirkungen auf den Boden, machen es inzwischen schwierig immer genau das Richtige anzupflanzen und die Schönheit der Pflanzen zur Geltung zu bringen. Vor diesem Hintergrund sind zu den „Kleinen Paradiesen“ zwischenzeitlich auch die „Gärten der Zukunft“ dazu gekommen, in denen auch ausprobiert wird, welchen Pflanzen unter anderem auch mit wenig Wasser gut wachsen.

Die Ehrenamtlichen halten mit ihrer Arbeit einen Teil der Meenkweise in Schuss. Die gestiegenen Herausforderungen, neue Fragen an die richtige Pflege, die Entscheidungen für die richtigen Pflanzen machen es notwendig, dass das Bezirksamt mit der Expertise der eigenen Gärtner, eine Zusammenarbeit mit geeigneten Bezugsstellen für die richtigen Pflanzen, weiteren Beratern wie die der Loki-Schmidt-Stiftung und insgesamt einem guten regelhaften und konstruktiven Austausch mit den Ehrenamtlichen zusammenarbeitet. Der Preis dafür ist die Freude der Menschen, die den Park nutzen. Aus Sicht der Bezirksversammlung ist diese umfangreiche Grünpatenschaft daher aus jeder Perspektive ein Gewinn und daher zu unterstützen und zu erhalten.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

7.8	Prüfung der Einrichtung von Ladezonen in der Jarrestraße - Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 22-2020	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Aufgrund eines mündlichen Antrages der Grünen-Fraktion, der im Rahmen der Behandlung des Tagesordnungspunktes 6.1 gestellt wurde, hat sich der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude in seiner Sitzung am 23.03.2026 mit der o.g. Thematik befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung formuliert:

Das Bezirksamt wird gebeten in der Jarrestraße die Einrichtung von Ladezonen in den Nebenflächen zu prüfen.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

7.9	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport v. 24.03.2026 - Antrag auf Zuwendung aus Mitteln der Bezirksversammlung zur Förderung "fairer" Sportkleidung (Drucksache: 22-1963) Drucksache: 22-2022	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 24.03.2026 mit dem folgenden Antrag auf Zuwendung aus Mitteln der Bezirksversammlung zur Förderung "fairer" Sportkleidung befasst und die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Fairtradefonds Sportkleidung

1. Drucksache: 22-1963

Antragsteller/in: **Sportclub Alstertal Langenhorn e.V.**
Projekt: **Fairtrade-Hoodies für Übungsleiter*innen an Grundschulen**
Höhe der beschlossenen Förderung: **562,35 €**
Förderzeitraum: **04.05.2026 bis 30.06.2026**
Art der Förderung: **Fehlbedarfsfinanzierung**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Petition/Beschlussempfehlung:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

7.10	Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport v. 24.03.2026 - Förderung von Projekten aus dem Sonderfonds "Interkulturelle Projekte" Drucksache: 22-2021	ungeändert beschlossen
------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 24.03.2026 mit dem folgenden Projektmitelantrag befasst und die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Stadtteilkulturförderung interkultureller Projekte 2026

1. Drucksache: 22-1979

Antragsteller/in: **Eppendorfer Soziokultur e.V. - Kunstklinik**

Projekt: **Internationale Kindertheaterwoche in den Pfingstferien 2026**

Höhe der beschlossenen Förderung: **4.500,00€**

Förderzeitraum: **11.05.2026 - 15.05.2026**

Art der Förderung: **Fehlbedarfsfinanzierung**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei Enthaltung der AfD-Fraktion.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, CDU, FDP, Die Linke, Volt

Gegenstimmen :

Stimmenthaltungen : AfD



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

7.11	Sportfonds der Bezirksversammlung/Hallensport für Kinder am Standort: Flüchtlingsunterkunft Überseering und Aufstockung des Sportfonds hier: Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses Drucksache: 22-1976.1	ungeändert beschlossen
------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Haushaltsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 25.03.2026 mit der o.g. Thematik beschäftigt und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. Die Bezirksversammlung nimmt Kenntnis
2. Die Bezirksversammlung beschließt, 7960,00 € aus Mitteln des Sportfonds zu erstatten.
3. Die Bezirksversammlung beschließt, den Sportfonds um 50.000,00 € aufzustocken.

Punkt 1: Kenntnisnahme erfolgt

Punkt 2: Einstimmig beschlossen

Punkt 3: Einstimmig vertagt

Hintergrund:

Antrag für ein weiteres wöchentliches Angebot für Kinder im Alter von 3 - 15 Jahren am Standort der Flüchtlingsunterkunft Überseering 26, vom 01.04.2026 bis 31.12.2026.

Das Angebot richtet sich an Kinder, deren Familien am Überseering untergebracht sind. Konzipiert ist das Sportprojekt für bis zu 50 Personen. Die zusätzliche, zweite wöchentliche Sporteinheit soll - wie das bestehende Angebot (Yoga für Frauen mit Kinderbetreuung) - in der hausinternen Sporthalle der Unterkunft stattfinden.

Insgesamt wird für das Angebot „Hallensport für Kinder“ am Standort der Flüchtlingsunterkunft Überseering eine Summe von 7960,00 € beantragt.

Sofern das Projekt sowie zwei weitere vorliegende Anträge der Initiative Twisselmann Sportthe-



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.04.2026

rapie befürwortet werden, stehen im Sportfonds noch 6.270,04 € zur Verfügung.

Das Fachamt Sozialraummanagement bittet um Aufstockung des Sportfonds um 50.000,00 €, damit neue Anträge bewilligt werden können.

Nach Einschätzung des Fachamtes Sozialraummanagement entspricht der Antrag der Zielrichtung des Sportfonds. Das Fachamt Sozialraummanagement befürwortet diesen Antrag.

Weitere Einzelheiten zum Zweck können der Anlage und dem Bericht entnommen werden.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 2.: 7.960 €
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

7.12	Vergabe der Mittel der Bezirksversammlung- Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses Drucksache: 22-2023.1	ungeändert beschlossen
------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Haushaltsausschuss hat in seiner Sitzung am 25.03.2026 die in der anliegenden Übersicht dargelegten Beschlussempfehlungen für den Hauptausschuss verabschiedet.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Nummern 138, 139, 141, 142 (3.975 €), 143 und 146
Einstimmig beschlossen

Nummer 140:
Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, CDU, FDP, AfD
Gegenstimmen : Die Linke, Volt
Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

7.13	Unterstützung und transparente Umsetzung des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung ("Bau -Turbo") in Hamburg Nord Beschlussempfehlung des StekA Drucksache: 22-2003.1	ungeändert beschlossen
------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Stadtentwicklungsausschuss (StekA) hat sich in seiner Sitzung am 26.03.2026 aufgrund des Antrages der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion Drs. 22-2003 mit dem o.g. Thema befasst und bei 2 Enthaltungen (Die Linke, AfD) einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Das Bezirksamt wird gebeten:

1. bei eingegangenen Bauanträgen von ein bis vier Wohneinheiten, die unter Anwendung der wohnungsbaupolitischen Sonderregelungen der §§ 246e, 31 Abs. 3 oder 34 Abs. 3b BauGB positiv beschieden wurden und bei denen in substantzieller Weise von der ursprünglichen planrechtlichen Ausweisung abgewichen wird, die jeweiligen Unterausschüsse Bau in der jeweils nächstmöglichen Sitzung mittels Listeneinträgen zu informieren. Die Listeneinträge sollen mindestens folgende Angaben enthalten:
 - Belegenheit, Antragstitel und gewähltes Verfahren nach HBauO
 - Anzahl der Wohneinheiten
 - geltendes Planrecht
 - die angewendeten „Bauturbo“-Rechtsgrundlagen (§ 246e, § 31 Abs. 3 oder § 34 Abs. 3b BauGB)
2. bei Bauanträgen mit fünf bis 19 Wohneinheiten, die vollständig vorliegen und bei denen das Fachamt eine Genehmigung unter Anwendung der §§ 31 Abs. 3 oder 34 Abs. 3b bzw. 246 e BauGB befürwortet, diese analog zu üblichen größeren Bauvorhaben ausführlich in den jeweils zuständigen Unterausschüssen Bau vorzustellen.
3. bei Bauvoranfragen oder Bauanträgen ab 20 Wohneinheiten, die vollständig vorliegen und bei denen nach Prüfung durch die zuständigen Dienststellen die Voraussetzungen der Anwendung der §§ 31 Abs. 3 oder 34 Abs. 3b BauGB oder § 246e BauGB vorliegen und daher auch die Zustimmung der Gemeinde gemäß § 36a BauGB erteilt werden soll, diese im jeweils nächstmöglichen Stadtentwicklungsausschuss in Anlehnung an das Vorgehen bei Bauleitverfahren im nichtöffentlichen Teil vorzustellen und hierbei insbesondere darzulegen, mit welcher Begründung die jeweils entsprechende Befreiung oder Abweichung sowie die Zustimmung der Gemeinde gemäß § 36a BauGB erteilt wird.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.04.2026

Letzteres soll auch gelten bei Bauvoranfragen oder Bauanträge unter 20 Wohneinheiten, sofern sie von besonderer städtebaulicher Relevanz sind.

4. sich gegenüber der zuständigen Fachbehörde dafür einzusetzen, dass die Fachämter die nötigen Ressourcen erhalten, um eine schnelle Bearbeitung und Implementierung der neuen Instrumente zu ermöglichen.
5. gegenüber der zuständigen Fachbehörde anzuregen, im Bauleitplanfeststellungsgesetz beispielsweise in § 6 einen bis zum Jahr 2030 befristeten § 6 (2a) zu ergänzen, in dem unter Wahrung der Ziele des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung vom 30. Oktober 2025 geregelt wird, in welchen Fällen des § 36a Abs. 1 BauGB (unter Einbeziehung des § 246e Abs. 2 BauGB) die Bezirksversammlungen in das Verfahren der zu erteilenden Zustimmung der Gemeinde aktiv einzubinden sind, im Rahmen der Planungshoheit in Fällen besonderer städtebaulicher Relevanz die Einbeziehung der Bezirksversammlungen zu wahren. Damit soll auch sichergestellt werden, dass die Bezirksversammlungen ihr Recht aus § 19 Abs. 1 und Abs. 2 BezVG, auf das auch der Senat in seiner Antwort auf Frage 5 der Schriftlichen Kleinen Anfrage in Drs. 23/3002 Bezug nimmt, rechtssicher ausüben können.

Hintergrund:

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist auch in Hamburg-Nord eines der zentralen Themen der Stadtentwicklungspolitik. Mit den wohnungsbaupolitischen Sonderregelungen der §§ 246e, 31 Abs. 3 und 34 Abs. 3b BauGB („Bauturbo“) hat der Bundesgesetzgeber befristete und weitreichende Instrumente geschaffen, um den Wohnungsbau in angespannten Wohnungsmärkten spürbar zu beschleunigen. Diese Regelungen ermöglichen es den Bauaufsichtsbehörden, im Interesse der Wohnraumschaffung von bestehendem Planrecht abzuweichen oder Vorhaben auch außerhalb bislang maßgeblicher planungsrechtlicher Vorgaben zuzulassen.

Gerade in einem hochverdichteten Bezirk wie Hamburg-Nord besitzen diese Instrumente erhebliche praktische Relevanz. Zugleich stellen sie einen bewussten Ausnahmecharakter vom regulären Städtebaurecht dar und berühren grundlegende Fragen der städtebaulichen Ordnung, der Quartiersentwicklung sowie der Akzeptanz in der Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund betrachten wir es als erforderlich, dass die bezirkspolitischen Gremien regelmäßig, strukturiert und differenziert über die Anwendung dieser Sonderregelungen informiert werden und bei Bedarf die Möglichkeit der Mitsprache erhalten. Der vorliegende Antrag verfolgt daher das Ziel, eine einheitliche, transparente und verhältnismäßige Informations- und Beteiligungspraxis für alle Bauvorhaben zu etablieren, die unter Anwendung der §§ 246e, 31 Abs. 3 oder 34 Abs. 3b BauGB behandelt werden.

Dabei wird bewusst nach der Größenordnung der Vorhaben differenziert: Kleinere Bauvorhaben



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.04.2026

bis zu vier Wohneinheiten sollen aus Gründen der Verwaltungsökonomie nicht einzeln beraten werden, jedoch durch listenmäßige Informationen nachvollziehbar bleiben. Mittlere Vorhaben mit fünf bis neun Wohneinheiten können bereits erhebliche Auswirkungen auf bestehende Quartiere haben und sollen daher - analog zu anderen vergleichbaren Bauvorhaben - ausführlich in den zuständigen Unterausschüssen Bau vorgestellt werden. Größere Vorhaben ab 20 Wohneinheiten besitzen regelmäßig stadtteilübergreifende Bedeutung und stellen eine erhebliche Abweichung gegenüber dem jeweiligen, in der Regel von der Bezirksversammlung beschlossenen Planrecht dar. Daher sollen diese Projekte im Stadtentwicklungsausschuss in einer angemessenen Weise behandelt werden, die sicherstellt, dass es für die Bezirksversammlung nachvollziehbar ist, auf welcher Grundlage und mit welcher Begründung von geltendem Baurecht abgewichen wird.

Hervorzuheben ist, dass das Bezirksamt Hamburg-Nord bereits zugesagt hat, die Bezirksversammlung über die Nutzung der Möglichkeiten des sogenannten Bauturbo zu informieren. Diese Bereitschaft wird nachdrücklich begrüßt.

Der vorliegende Antrag dient nicht der Einführung zusätzlicher Kontrollmechanismen, sondern soll das Bezirksamt in dieser kooperativen, transparenten und dialogorientierten Haltung bestärken und die zugesagte Informationspraxis klar strukturieren und verstetigen.

Der Antrag zielt ausdrücklich nicht darauf ab, Genehmigungsverfahren zu verzögern oder den dringend benötigten Wohnungsbau zu behindern. Vielmehr trägt er dazu bei, die Anwendung der wohnungsbaupolitischen Sonderregelungen nachvollziehbar, politisch begleitet und städtebaulich verantwortungsvoll auszugestalten. Damit leistet der Antrag einen Beitrag zur Verbindung von Beschleunigung des Wohnungsbaus, demokratischer Transparenz und politischer Mitwirkung im Bezirk Hamburg-Nord. Die Bezirksversammlung signalisiert damit insbesondere auch die Bereitschaft für die Anwendung dieser willkommenen neuen Instrumente in einem klaren Rahmen und die Nutzung der damit verbundenen Chancen für die Schaffung von Wohnraum in Hamburg Nord.

Aufgabe der Abgeordnete der Bezirksversammlung ist es auch, das Verwaltungshandeln vor Ort in den Stadtteilen und Wahlkreisen zu vermitteln und Ansprechpersonen für Menschen vor Ort zu sein. Um das zu gewährleisten, ist es auch notwendig, um über Bauvorhaben mit städtebaulicher Relevanz informiert und - im Rahmen u. a. des Datenschutzes der Antragstellenden - sprechfähig zu sein.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

**der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026**

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, CDU, FDP, Volt
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : Die Linke, AfD



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 07.04.2026

Öffentlich

7.14	Wirtschaftskonferenz Hamburg-Nord: Austausch im Bezirk aktiv gestalten und fest verankern! - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Digitalisierung Drucksache: 22-2032.1	ungeändert beschlossen
-------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Digitalisierung hat sich in seiner Sitzung am **01.04.2026** mit oben genannter Thematik auseinandergesetzt und **mehrheitlich** folgende Beschlussempfehlung formuliert:

Das Bezirksamt Hamburg-Nord möge unter Federführung des Dezernats für Wirtschaft, Bauen und Umwelt (WBZ) und unter Einbeziehung der Bezirksversammlung und regionaler Wirtschaftsakteure (u. a. Handelskammer Hamburg, Handwerkskammer) ein Konzept für eine jährlich stattfindende Wirtschaftskonferenz Hamburg-Nord entwickeln und dabei als Anregung die folgenden Punkte berücksichtigen:

1. Pilotprojekt 2027: Die Konferenz soll im Jahr 2027 als Pilotveranstaltung gestartet werden und sich dabei an den Erfahrungen der im Juni 2026 stattfindenden Konferenz zum gewerblichen Klimaschutz orientieren. Dabei soll in Abstimmung mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Digitalisierung ein geeignetes Schwerpunktthema identifiziert werden (z. B. „Nachhaltige Gewerbeentwicklung“, „Digitalisierung des Mittelstands“ oder „Fachkräfte für Nord“).
2. Fokus Vernetzung & Innovation: Zentrales Ziel der Konferenz soll in der Regel der Austausch zwischen den standortprägenden Ankerunternehmen des Bezirks (u. a. aus Luftfahrt, Healthcare und Versicherungswesen, wie z. B. Lufthansa Technik, das UKE oder TK), innovativen Start-ups und den lokalen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie dem Handwerk und dem Einzelhandel sein.
3. Einbindung der Wirtschaftsnetzwerke: Das WBZ soll insbesondere bestehende Strukturen (z. B. lokale Interessengemeinschaften wie die GIG City Nord u. a.) nutzen, um die Bedarfe der lokalen Wirtschaft gezielt in die Programmgestaltung einfließen zu lassen, um Mehrarbeit zu reduzieren und Synergieeffekte herzustellen.
4. Finanzierung & Kooperation: Zur Entlastung des Bezirkshaushalts sollen Kooperations-



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 07.04.2026

modelle mit Kammern und Unternehmen geprüft werden. Als erfolgreiche Referenz kann hierbei das „Bergedorfer Modell“ herangezogen werden, das durch eine solche partnerschaftliche Organisation getragen wird. Um die personellen Ressourcen im WBZ zu schonen, soll im Rahmen einer Kooperation darauf hingewirkt werden, dass die operative Durchführung (z. B. Einladungsmanagement, Veranstaltungslogistik) vorrangig durch Kooperationspartner oder die gastgebenden Unternehmen übernommen wird. Die Rolle des Bezirksamtes konzentriert sich auf die strategische Steuerung. Die politische Schirmherrschaft obliegt der Bezirksversammlung.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : SPD, CDU, FDP
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : GRÜNE, Die Linke, Volt, AfD